

Antrag 79/II/2025**KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Reform der Verschonungsbedarfsprüfung im Erbschaftsteuerrecht**

1 Die SPD setzt sich für eine grundlegende Reform der Ver-
 2 schonungsbedarfsprüfung im Erbschaftsteuerrecht ein.
 3 Ziel ist es, Missbrauchsmöglichkeiten zu schließen, Steu-
 4 ergerechtigkeit herzustellen und die Belastung gerechter
 5 zwischen großen Unternehmensvermögen und normalen
 6 Erb:innen zu verteilen.

7

8 Die SPD-Mitglieder in der Bundesregierung, der Bundes-
 9 tagsfraktion sowie in den entsprechenden Gremien wer-
 10 den aufgefordert, folgende Maßnahmen umzusetzen

- 11 1. Prüfung des Gesamtvermögens: Bei der Bedarfsprü-
 12 fung ist nicht nur das Vermögen der erbenden Per-
 13 son, sondern das gesamte Familienvermögen (Ehe-
 14 partner, Kinder, enge Verwandte) einzubeziehen.
- 15 2. Strenge Offenlegungspflichten: Einführung umfas-
 16 sender Transparenz über in- und ausländisches Ver-
 17 mögen; bei unvollständigen oder falschen Angaben
 18 greifen Sanktionen.
- 19 3. Klare Härtefalldefinition: Steuererlass nur bei nach-
 20 weisbarer Gefahr der Insolvenz oder Zerschlagung
 21 des Unternehmens.
- 22 4. Mindestbesteuerung: Einführung einer verpflich-
 23 tenden Mindeststeuer, um vollständige Steuerfrei-
 24 heit auszuschließen.
- 25 5. Unterscheidung nach Unternehmensgröße: Die Be-
 26 darfsprüfung soll ausschließlich für kleine und mitt-
 27 lere Betriebe gelten; Großkonzerne und Holding-
 28 strukturen sind auszuschließen.
- 29 6. Nachversteuerung bei Veräußerung: Bei Verkauf
 30 oder Zerschlagung des Betriebs innerhalb von zehn
 31 Jahren nach Erbschaft oder Schenkung ist die erlas-
 32 sene Steuer nachzuzahlen.
- 33 7. Regelmäßige Evaluation: Überprüfung der Rege-
 34 lung alle fünf Jahre durch Bundestag und Finanzaus-
 35 schuss.

36

37

Begründung

39 Die Verschonungsbedarfsprüfung wurde als Härtefallre-
 40 gelung eingeführt, um Familienunternehmen im Erbfall
 41 vor dem Zwangsverkauf zu schützen. In der Praxis zeigt
 42 sich jedoch, dass diese Regelung in erheblichem Umfang
 43 missbraucht wird:

- 44 • Wohlhabende Erb:innen können sich „arm rech-
 45 nen“, indem sie ihr Privatvermögen verschieben
 46 oder Unternehmenswerte künstlich aufblähen.
- 47 • Große Unternehmensgruppen nutzen Holding-
 48 Konstruktionen, um Vermögenswerte als Betriebs-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****Ergänzung BPT**

49 vermögen zu deklarieren.

50 • Der Staat verzichtet dadurch auf erhebliche Steu-
51 ereinnahmen, während kleine Erb:innen ohne Be-
52 triebsvermögen keine vergleichbaren Erleichterun-
53 gen erhalten.

54 Das führt zu einer **ungleichen und ungerechten** Steu-
55 erpraxis, die Vermögenskonzentration verstärkt und das
56 Vertrauen in die Steuergerechtigkeit schwächt. Ausge-
57 rechnet die größten Unternehmensvermögen profitieren,
58 während Normalbürger:innen die volle Steuerlast tragen.

59

60 Die SPD steht für Steuergerechtigkeit und sozialen Zu-
61 sammenhalt. Mit den vorgeschlagenen Reformen wird
62 die Verschonungsbedarfsprüfung wieder auf ihren ur-
63 sprünglichen Zweck zurückgeführt: den Schutz echter Fa-
64 milienbetriebe in Härtefällen. Missbrauch durch aggressi-
65 ve Steuervermeidung wird verhindert, die Gleichbehand-
66 lung aller Erb:innen gestärkt und die Finanzierung des Ge-
67 meinwesens gesichert.